



Privatisierung - die Ausverkaufswelle rollt ...

Industriebetriebe, kommunale und soziale Dienstleistungseinrichtungen, Verkehrsbetriebe und Krankenhäuser, Energie- und Wasserversorgung – fast alles was es an öffentlichem Eigentum gibt, wird nun auf den Finanzmärkten feilgeboten. Was unter Rot-Schwarz begonnen hat wird unter Schwarz-Blau auf den Gipfel getrieben. Die Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung werden ignoriert – was zählt ist einzig und allein der Profit der Käufer und Aktienspekulanten.

Welche Dimensionen diese Privatisierungspolitik bereits angenommen hat, zeigt wohl am besten eine dürre, wenige Zeilen umfassende Meldung auf den Wirtschaftsseiten der Zeitungen: *„Der Bauunternehmer Hans Peter Haselsteiner hat gemeinsam mit Ex-LIF-Bundessprecher Christian Köck die `Krankenhaus Betriebsführungs-AG` gegründet. Mit einigen Gemeinden werde bereits über die Übernahme des Spitalsbetriebs verhandelt.“* (Kurier).

Krankenhäuser und Gesundheitsvorsorgeeinrichtungen in der Hand von Aktienspekulanten? Nichts könnte die Perversität des sogenannten „Neoliberalismus“ deutlicher sichtbar machen, als diese Meldung. Was sich hinter dem Rauchvorhang anderer politischer Ereignisse breit macht, hat bereits Dimensionen erreicht, die vielen Menschen nicht bewusst sind: **Privatisierung heißt Enteignung der Bevölkerung, heißt Diebstahl an sozialer Sicherheit, heißt Raub an gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen und massenhafte Arbeitsplatzvernichtung. Privatisierung bedeutet letztlich die totale Auslieferung aller an das nackte Profitinteresse weniger.**

Was noch vor wenigen Jahren als „kommunistische Greuelpropaganda“ abgetan wurde, beginnt nun konkrete Konturen anzunehmen: Zehntausende Beschäftigte finden sich auf dem Arbeitsamt wieder oder müssen sich mit unsicheren, windigen Arbeitsverträgen – fernab einer existenzsichernden Bezahlung und sozialer Vorsorge – abfinden. Und das Arbeitsmarktservice selbst wird in eine Privatgesellschaft verwandelt. Erfolgreiche Industriestandorte verschwinden, weil eine Verlagerung noch mehr Profit verspricht. Alte und kranke Menschen bleiben unversorgt, weil sie es sich nicht mehr leisten können, gewinnorientierte Dienstleistungsunternehmen in Anspruch zu nehmen. Und nicht zuletzt werden die Sozialversicherungen zum Spekulationsobjekt großer Versicherungs- und Bankkonzerne – bei gleichzeitiger Leistungsver schlechterung und Beitragsverteuerung für die Versicherten.

Was können wir tun?

SPÖ und Grüne verharren in Einzelkritiken, anstatt gegen die Privatisierung entschieden aufzutreten. Man sei ja „nicht generell“ gegen die Privatisierung, aber „da und dort“ ist man schon gegen „zu rigorose“ Maßnahmen. Die SPÖ hat ja schließlich selbst schon „Vorleistungen“ in Sachen Privatisierung erbracht und erbringt sie in Wien noch immer. Und die Grünen? Man kann es sich ja schließlich mit den „liberalen“ WählerInnen nicht verscherzen. Also macht man auf „ein wenig sozial“ und „ein bisschen liberal“. Man weiß ja schließlich von der rot-grünen Regierung in Deutschland, was der „Sachzwang“ bewirkt, sollte man selbst das Regierungsruder übernehmen.

Der ÖGB wiederum verharrt in Entschlusslosigkeit. Man sieht zwar die Folgen, kann sich aber nicht zur Gegenaktion entschließen. „Die Kolleginnen und Kollegen verstehen uns nicht, wenn wir zu radikal agieren ...“

Urabstimmen ist unser Recht - gegen Privatisierung und für Kampfmaßnahmen stimmen !

Immerhin findet sich die Frage nach einem Privatisierungsstopp auf der Urabstimmungsliste des ÖGB und gibt damit den Mitgliedern die Möglichkeit, ihre Meinung zu sagen und sich für Kampfmaßnahmen auszusprechen. Das ist gut so, weshalb eine breite Beteiligung und ein klares Votum notwendig ist, um die Führung in Zugzwang zu bringen. Ohne gewerkschaftlichen Widerstand wird die Privatisierungswelle ungehemmt weiterrollen. Es bedarf aber einer breiteren Formierung – über die Gewerkschaften hinaus –, wenn die Privatisierungswelle gestoppt werden soll. Es bedarf einer Vernetzung aller Organisationen, Bewegungen und Initiativen. Und es bedarf einer Vielzahl entschiedener und entschlossener Menschen, um den Privatisierungskurs zu durchkreuzen.

Kampagne gegen Privatisierung - mitmachen ist erwünscht!

Der neoliberalen Ideologie, wie sie in die Köpfe der Menschen gesetzt wurde und wird, muß etwas entgegengesetzt werden. KPÖ und GLB wollen deshalb den Herbst zu einer Kampagne nutzen, die nicht nur den Privatisierungskurs eine grundsätzlichen Kritik unterzieht, sondern darüber hinaus Alternativen sichtbar macht.

Öffentliches Eigentum macht Sinn, wenn es nicht – wie oft in der Vergangenheit passiert – politisch und wirtschaftlich mißbraucht wird und als Futtertrog für die Privilegien- und Parteibuchwirtschaft dient. Öffentliches Eigentum macht öffentliche Kontrolle notwendig und öffentliche Mitbestimmung möglich.

Bei der Präsentation unserer Kritiken und Vorschläge wollen wir niemanden belehren. Im Gegenteil: Die Kampagne wird umso lebendiger sein, je mehr Menschen sich beteiligen und ihre Ideen einbringen. Dazu wird eine Ideenbörse eingerichtet, die auf den Homepages der KPÖ und des GLB zu finden sein wird. Aber auch per Telefon oder Fax und natürlich im persönlichen Kontakt kann man mit uns in Verbindung treten - nicht zuletzt hier am Volksstimme-Fest.

Unsere Kampagne wird nur ein Stein in einem größeren Mosaik sein können. Eines können wir aber schon jetzt versprechen: Wir werden nichts unversucht

Impressum:
KPÖ, Weyringerg. 33/5,
1040 Wien,
Tel.: 503 65 80,
Fax: 503 65 80 499
GLB, Apostelg. 36/12,
1030 Wien,
Tel.: 718 26 23
Fax: 718 26 23 30



www.kpoe.at